

## **Protokoll der Diskussion nach dem Vortrag von Uli über mangelnde Verteilungsgerechtigkeit im AK Grundlagen am 24. April 2013**

Aus der Einladung zum **Referat von Ulrich Mössner**

### **Wohlstand für alle – oder nur noch für die Reichen? Wie steht es um die Verteilungsgerechtigkeit?**

Gibt es absolute Gerechtigkeit im weiteren – und Verteilungs-Gerechtigkeit im engeren Sinn? Ist „Wohlstand für alle“ ein Relikt aus einer längst vergangenen Zeit? Der Reichtums- und Armutsbericht gibt dazu einen aktuellen Zwischenstand, auch wenn er geschönt ist.

Was sind die Folgen einer stark ungleichen Verteilung? Und wie steht es um die Chancen-, die Generationen- und die internationale Verteilungsgerechtigkeit? Was für Konsequenzen und Lösungsansätze ergeben sich hieraus?

Die Botschaft des Vortrags, wir von Attac-M. sollten bei unseren Aktionen Schritte in die richtige Richtung (die Vorschläge von Ulli) fordern, die schon heute realisierbar sind, wurde von allen Teilnehmern begrüßt. Es wurde jedoch auch die Diskussion über tiefer gehende Weichenstellungen, die erst langfristig realisierbar sind, für sinnvoll gehalten. Das pragmatische und das eher auf größere Zeithorizonte bezogene grundsätzliche Nachdenken über Veränderungen müssen sich aufeinander beziehen und gegenseitig befruchten.

Die Inhalte des Vortrags eignen sich hervorragend, daraus ein Faltblatt zu formulieren, das an einem Attac-Stand verteilt und als Ausgangstext für Gespräche mit Passanten genutzt werden kann. Wir wollen ein entsprechendes Papier für Aktionen vorbereiten - nicht nur weil das Thema soziale Ungerechtigkeit von allgemeinem Interesse ist, sondern weil entgegen der neoliberalen Theorie die große und wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft in ihren negativen Auswirkungen auf unser Zusammenleben so deutlich herausgearbeitet ist. Jochen erklärt sich bereit, auf der Grundlage des Vortrags für dieses Papier einen ersten Entwurf zu erstellen, der dann über die Mailingliste besprochen und verbessert werden soll.

Ein (eher grundsätzlicher) Aspekt: Immer weniger Menschen bestimmen darüber, was alle Menschen zu tun haben. Eine kleine Gruppe aus Wirtschaftslenkern, Politikern und Medienvertretern setzt ihre Interessen gegen die Interessen der Mehrheit durch. Das ist nicht mehr Demokratie. In einer funktionierenden Demokratie wird die Arbeit so organisiert und verteilt, dass alle etwas davon haben. Ein Blick in die Geschichte zeige: früher haben die Feudalherren mit dem Geld, das sie aus den von ihnen abhängigen Menschen gepresst haben, militärisch aufgerüstet, um ihre Macht zu vergrößern. Die feudale Herrschaft ist durch Demokratie gebrochen worden. Heute hat sich die Wirtschaftselite eine Finanzherrschaft aufgebaut, mit der sie sich zu Lasten der Mehrheit bereichert. Daher müsse die Forderung lauten: die Herrschaft der Finanzmärkte unter demokratische Kontrolle bringen.

In den meisten Medien wird die neoliberale Politik von Schröders Rot-Grün-Regierung und die darauf aufbauende Merkelsche Schwarz-Gelb-Politik (Hartz-IV, Verzicht auf Lohnerhöhungen, Auseinanderklaffen von Arm und Reich, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit etc.) heute als Rettung gefeiert. In der

gegenwärtigen Eurokrise habe sich gezeigt, dass Deutschland gut dasteht, während die Länder, in denen in den letzten zehn Jahren die Löhne weiter gestiegen sind, nun Außenhandelsdefizite, Staatsschulden und Massenarbeitslosigkeit um sich greifen. Was können wir auf dieses Argument entgegenen?

Ein Aspekt: Es stimmt zwar, dass in Schröders Regierungszeit Deutschland „das Schlusslicht Europas“ gewesen sei (über 5 Millionen Arbeitslose mit steigender Tendenz) und daher seien die damaligen Reformen für die damalige Situation hilfreich gewesen. Aber in der heutigen Zeit, wo Deutschland den anderen europäischen Ländern wirtschaftlich davonlaufe, müsste die Politik wieder in die andere Richtung steuern (Erhöhung der Löhne und der Binnennachfrage zu Lasten des Exports).

Ein weiterer Aspekt: Unser Exportüberschuss ist ein Angriff auf die anderen Länder Europas. Denn mit unserem Überschuss erzeugen wir ein Außenhandelsdefizit in diesen Ländern (Importe aus Deutschland, denen nicht genug Exporte nach Deutschland gegenüber stehen). Es müsse in Europa dafür gesorgt werden, dass jedes Land eine ausgeglichene Handelsbilanz habe. Dabei muss jedoch bedacht werden: Wenn wir bei uns höhere Löhne bezahlen, dann wäre zwar z.B. Spanien gegenüber uns wettbewerbsfähiger, aber deswegen werden die Spanier nicht wettbewerbsfähiger gegenüber z.B. China (eher im Gegenteil). Eine über den Produktivitätszuwachs hinaus gehende Erhöhung der Löhne in Deutschland würde zwar den Abstand zwischen Deutschland und den anderen Ländern verringern, jedoch auf dem Weltmarkt die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands einschränken.

Ein dritter Aspekt: Der Aufbau des Niedriglohnsektors im Rahmen der Agenda 2010 kann nur teilweise als eine Reaktion auf die Globalisierung verstanden werden. Das sieht man daran, dass Niedriglöhne nicht so sehr in denjenigen Industrien eingeführt wurden, die im globalen Wettbewerb stehen (Maschinenbau, Autoproduktion), sondern vor allem in den Dienstleistungsbranchen, die gar nicht auswandern können: Friseure, Altenpflege, Postzustellung. Offenbar gibt es auch im Inland das Bestreben der Arbeitgeber und ihrer Politiker, die Arbeitskosten immer weiter zu drücken - unabhängig davon, ob die Firmen im globalen Wettbewerb stehen oder nicht. Offensichtlich spielen also auch andere Gründe für die Niedriglöhne eine Rolle: Eine Politik im Interesse der Unternehmer, die ihre Gewinne steigern wollen. Es war politisch wohl auch gewollt, Anreize für den Schritt in die Selbständigkeit zu verstärken (insbesondere im Dienstleistungssektor).

Der Einfluss des europäischen und globalen Standortwettbewerbs wird diskutiert. Die Senkung der Unternehmenssteuern - ein wichtiger Grund für die soziale Ungerechtigkeit - hat dafür gesorgt, dass nicht noch mehr Unternehmen ihren Standort in Länder verlegen, die weniger Steuern verlangen. So etwa habe Österreich mit einer Senkung der Unternehmenssteuern etliche deutsche Unternehmen angelockt. Andere Unternehmen haben ihre Produktion nach China ausgelagert, weil dort die Arbeitskosten sehr viel niedriger sind als in den relativ reichen europäischen Industrieländern. Schlussfolgerung: in Europa könnte (bei fortgeschrittener Einigung) der Standortwettbewerb überwunden werden durch eine zwischen den Ländern abgestimmte Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ob der globale Standortwettbewerb durch global verbindliche Absprachen in den Griff zu bekommen ist, ist eher fraglich. Hier gibt es den Vorschlag der (eher

langfristig ins Auge zu fassenden) weltweiten Regionalisierung: eigenständige Großregionen mit relativ homogener Produktivität (wie Europa, Lateinamerika, China) überlassen den Handel zwischen ihnen nicht den Marktkräften, sondern legen jeweils politisch fest, was sie aus anderen Regionen einführen, um die Vielfalt der Branchen in der eigenen Region fördern und zu schützen. Das Konzept der Regionalisierung (dazu gehört z.B. ein Ausstieg aus der WTO und ihrem Zwang zur globalen Öffnung der Märkte) hat jedoch in der heutigen Situation wenig Chancen auf Zustimmung. Denn Deutschland will auf seinen Exportüberschuss nicht verzichten, da mit ihm sehr viele Arbeitsplätze verbunden sind.

Warum gehen die Gewerkschaften nicht stärker gegen die krasse soziale Ungerechtigkeit vor? Eine Antwort: Die Angst vor dem Verlust der Arbeitsplätze ist so groß, dass viele Belegschaften nicht riskieren wollen, durch Lohnforderungen das jeweilige Unternehmen in seiner Wettbewerbsfähigkeit (und damit in seinem Bestand) zu gefährden.

Eine weitere Antwort: Die Generalstreiks und großen Aufmärsche der Gewerkschaften in den Südländern beeindruckten uns. Jedoch ist zu bedenken: sie sind dort in der politischen Umsetzung ihrer Forderungen oft schwächer als die deutschen Gewerkschaften, die mit der gesetzlichen Tarifbindung einen enormen Einfluss über den Tag hinaus haben. Dagegen mögen die südlichen Gewerkschaften zwar einzelne Forderungen bei ihren Regierungen durchdrücken, jedoch haben sie keinen unmittelbaren Einfluss auf gesetzlich verbindliche Regeln.

Ist von der Politik eine Besserung zu erwarten? Kann nicht die in der Bevölkerung bestehende Unzufriedenheit mit der sozialen Ungerechtigkeit die Parteien dazu bringen, die im Vortrag von Ulli genannten Maßnahmen in ihr Programm zu nehmen und durchzuführen? Wie funktioniert Politik?

Eine Antwort: gut klingende Versprechen bestimmen den Wahlerfolg. Diese Versprechen sind jedoch meist so allgemein, dass die konkreten (für die meisten Wähler eher schwierig zu verstehenden, wenig plakativen) Maßnahmen auf der Strecke bleiben, sobald sich starke Interessengruppen mit (gut gemachten) Kampagnen dagegen wenden.

Eine weitere Antwort: Die neoliberale „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) hat mit ihrer langfristig angelegten Kampagne (von den Unternehmen finanziert) einen enormen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung ausgeübt und die Politik so unter Druck setzen können, dass eine Politik der Deregulierung und Privatisierung populär wurde und politisch leicht durchzusetzen war. Sie haben Denkfabriken (think tanks) beschäftigt, die Informationen und Argumente für diese Kampagne „geschmiedet“ haben. Könnten wir nicht davon lernen?

Dazu ein Hinweis: Felber hat „Konvente“ vorgeschlagen, also Zusammenkünfte von Personen, die vom Vertrauen vieler Menschen getragen sind. Diese sollen eine Alternative zu den gegenwärtigen Missständen formulieren und den Gruppen der Zivilgesellschaft gut geprüfte Argumente für die Schritte hin zu diesen Alternativen zur Verfügung stellen.

Eine weitere Antwort: Politik ist die Kunst des Möglichen. Daher ist es wichtig, nicht in erster Linie für fern liegende Ziele zu werben, sondern von den Parteien zu fordern,

dass sie die gegenwärtig machbaren und in die politische Stimmungslage passenden Schritte in Richtung soziale Gerechtigkeit in ihr Wahlprogramm aufnehmen. Ein Beispiel sei die Forderung nach Mindestlöhnen und nach angemessener Bezahlung der Leiharbeit. Diese Forderungen würden inzwischen von einigen Parteien vertreten.

**Argumente (hier als Fragen und Antworten formuliert) aus der nachfolgenden Mail-Diskussion zum Thema „Regionalisierung“:**

Frage 1: Beinhaltet das Konzept der Regionalisierung ein solidarisches Verhalten nur innerhalb der Region - oder gelten die Sorgen und Bedürfnisse der anderen Regionen ebenso? Geht es um Solidarität nur innerhalb der eigenen Region - oder um Solidarität mit allen Menschen dieser Erde, auch wenn sie in einer anderen Region leben?

Antwort: Die Regionalisierung ist ein weltweites Konzept, nicht nur für Europa. Es geht davon aus, dass jede Region zu allererst ihre eigenen Interessen im Auge hat, ohne zu verkennen, dass die eigenen Interessen auch in einem Zusammenhang mit den Interessen anderer Regionen stehen (insbesondere das Interesse an Frieden, aber auch an solchen Wirtschaftsbeziehungen, die in beiderseitigem Interesse liegen). Jede Region kann natürlich auch Regelungen und Maßnahmen treffen, um einer anderen Region beizustehen, wenn dieser aus einer Notlage geholfen werden soll (im Sinne uneigennütziger Solidarität). Das Konzept der Regionalisierung basiert auf der Überzeugung, dass jede Region in der Lage ist, aus eigener Kraft Wohlstand zu schaffen. Die heute als Uneigennützigkeit getarnte „Hilfsbereitschaft“ der Industrieländer gegenüber den sog. Entwicklungsländern beruht auf einer Geringschätzung dieser angeblich hilfsbedürftigen Staaten, die als schwach hingestellt werden, um die selbstsüchtige Einmischung der Industrieländer zu rechtfertigen und das verhängnisvolle Zusammenspiel der global agierenden Wirtschaftseliten mit den Eliten aus den „Entwicklungsländern“ in ein humanitäres Licht zu tauchen.

Frage 2: Führt das Konzept der Regionalisierung zu einer allmählichen Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den Regionen - oder verzichtet die Regionalisierung auf dieses Ziel? Sind die Regionalisierungsmaßnahmen, die zwischen zwei unterschiedlich reichen Regionen (z.B. Europa und Afrika) ergriffen werden sollen, zum Vorteil für beide Seiten - und zwar so, dass langfristig eine Angleichung der Lebensverhältnisse stattfindet - oder sind sie zwar zum Vorteil für beide Seiten, aber so, dass der Reichtumsunterschied trotzdem ständig größer wird - so wie ein Lohnarbeitsvertrag zwar von Vorteil für beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist (immerhin rettet der Arbeitsvertrag den Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit) - aber dennoch ist die Lohnarbeit ein Mittel zur Reichtumsakkumulation vor allem auf Kapitaleseite und nicht zur Reichtumsangleichung zwischen beiden Seiten: Ist das bei der "Regionalisierung" ebenso zu befürchten? Wie muss die Regionalisierung gestaltet sein, damit sie der ärmeren Region mehr nützt als der reichen Region - was die Voraussetzung für die Angleichung der Lebensverhältnisse ist?

Antwort: Ja, das Konzept führt zu einer allmählichen Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den Regionen.

Zur gegenwärtigen Situation: Die Angleichung wird zur Zeit dadurch erschwert bis unmöglich gemacht, dass die armen Länder aufgrund der geöffneten Märkte

schutzlos den Industrieimporten aus den reichen Ländern ausgeliefert sind. Sie können daher kaum eine eigene Industrie aufbauen (abgesehen von den ausgelagerten Produktionsstätten in der Hand der europäischen und US-amerikanischen Wirtschaftseliten). Stattdessen müssen sie ihre Bodenschätze billig an die Konzerne der reichen Länder abgeben, damit diese sie profitabel „veredeln“ und die entstandenen Güter wieder an die armen Länder verkaufen können. Den armen Ländern wird in der globalen Arbeitsteilung die Erzeugung von Agrarprodukten zugewiesen und darüber hinaus die (schon erwähnte) Rolle als „verlängerte Werkbank“ der Industrieländer mit extrem niedrigen Arbeitskosten. Der extrem niedrige Lohn (und der damit verbundene niedrige Lebensstandard der breiten Bevölkerung) ist für die armen Länder der entscheidende „Standortvorteil“ auf dem Weltmarkt. Eine Lohnerhöhung ist in diesem neoliberalen Ausbeutungssystem zwangsläufig verbunden mit der Abwanderung der entsprechenden (auf Niedriglöhne fixierten) Branchen in Länder, die auf dem niedrigen Lohnniveau verbleiben oder es einführen.

Zur Situation bei Regionalisierung: Bei Eigenständigkeit des Wirtschaftsraumes (ohne militärisch-wirtschaftliche Einmischung durch die Industrieländer) wird die bisher arme Region ihre Wirtschaft nach eigenen Interessen organisieren. Die Macht der globalen Märkte wird gebrochen. Die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung stehen im Mittelpunkt der Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und Sozialpolitik. Wohlstand entsteht durch kluge Nutzung des technischen Fortschritts. Auch die (bisher noch) armen Regionen verfügen über eine Bevölkerung, die nicht auf den Kopf gefallen ist. Das hohe Bildungspotenzial kann durch entsprechend gute Schulen und Universitäten ausgeschöpft werden, ohne dass die gut ausgebildeten Leute bei nächster Gelegenheit in die Industrieländer abwandern. In einer Übergangsperiode können Experten aus den Industrieländern angeworben werden, um ein eigenes Potenzial an Experten heranzuziehen. Patente können billig von Unternehmen außerhalb der Region erworben werden – billig deshalb, weil diese Unternehmen mit diesen Patenten keinen Gewinn mehr in der armen Region erzielen können (wegen der gezielten Importbeschränkungen, denen sie unterliegen). Jede Region kann auf demokratischem Wege ihre eigene Wirtschaftsordnung mit angemessenen sozialen und ökologischen Standards, Steuern etc. gestalten – ohne befürchten zu müssen, dass sie auf dem Weltmarkt mit Wettbewerbsnachteilen bestraft werden. Durch eine geeignete (nun eigenständige!) Politik kann ein Auseinanderklaffen von Arm und Reich in der Region verhindert werden. Wie ist das möglich? Die (bisher) mächtige Wirtschaftselite im eigenen (noch armen) Land wird nicht mehr von den Wirtschaftseliten aus anderen Ländern gestützt, verliert ihre Macht und kann sich nicht mehr gegen eine Politik der sozialen Gerechtigkeit querlegen.

Frage 3: Welche Antwort hat das Konzept der Regionalisierung auf die Probleme, die durch die Flüchtlingsbewegungen von den armen in die reichen Regionen entstehen? Soll hier die Freizügigkeit der Menschen von Süd nach Nord eingeschränkt werden - oder strebt die Regionalisierung gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen an, so dass niemand mehr wegen Not und Armut seine Region verlassen muss?

Die inter-regionale Solidarität würde meines Erachtens bedeuten, dass wir den anderen Regionen (Afrika etc) helfen, gleichwertige Lebensverhältnisse wie in Europa zu erreichen - so dass die Menschen nicht mehr aus Not und Armut ihre Heimat verlassen müssen. Wahrscheinlich muss man sogar die Bequemlichkeit des Lebens in Europa und USA reduzieren (Benzinverbrauch etc) und auf das Niveau absenken, das weltweit nachhaltig ist: Eine Anpassung des Reichtums der reichen

Regionen nach unten darf zur Erreichung des Ziels, weltweit gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen, nicht ausgeschlossen werden.

Antwort: Das Flüchtlingsproblem wird im Rahmen der Regionalisierung gelöst, indem die armen Regionen aus eigener Kraft wirtschaftlich auf eigene Füße kommen und einen Wohlstand schaffen (wie oben bereits ausgeführt), der die Notwendigkeit einer Flucht aus wirtschaftlichen Gründen aufhebt. Auch wenn die Angleichung der Lebensverhältnisse (Angleichung nach den fraglichen Maßstäben, die von den reichen Ländern gesetzt werden) eine längere Zeit braucht, wird es möglich sein, schon sehr schnell einen die Existenz bedrohende Lebenssituation zu überwinden.

Frage 4: Welche Rolle spielt im Regionalisierungskonzept die Entwicklungshilfe für arme Länder ?

Antwort: Die Entwicklungshilfe, die heutzutage gewährt wird, steht im Verdacht, folgende Funktionen zu erfüllen: Erstens die Verschleierung der wirklichen Ursachen der Armut in den Ländern, die diese Hilfe bekommen. Die reichen Industrieländer schmücken sich als Geberländer und lenken ab von der Tatsache, dass sie auf dem Wege des Freihandels die gleichen Länder ausrauben. Zweitens eine rassistische Einstellung als Wohltätigkeit tarnen. Der Rassismus besteht in der unhinterfragten Prämisse, die Bevölkerung der Entwicklungsländer sei nicht in der Lage, ihr Zusammenleben in eigener Kraft und Verantwortung zu gestalten. Das Bild des „hilflosen Wilden“ wird kultiviert und die eigene Helferpose als moralisch hoch stehend propagiert. Die Entwicklungshilfe ist eine verlogene Angelegenheit. Jede Hilfe von außen ist überflüssig, sobald sich die armen Länder aus der erniedrigenden Abhängigkeit von den Industrieländern befreit haben.

Eine ehrliche Hilfe, die nicht eigentlich den eigenen Vorteil sucht, muss auf gleicher Augenhöhe erfolgen – als Hilfe für eine andere Region, der man eigene Lösungskompetenz zugetraut und der nur aus einer akuten, vorübergehenden Notlage herausgeholfen wird. Im Rahmen des Regionalisierungskonzepts können die Regionen im genannten Sinne Hilfsprogramme verschiedener Art durchführen.

**Protokoll erstellt von Jochen (April 2013)**